

# Der Freisinn FDP

Nr. 7/8  
Juli/August 1989  
11. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Zeitschriften  
Sägereistrasse 30, 8152 Glattbrugg  
Telefon (01) 809 31 11

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Schöpferische Funktionen  
einer autonomiebewussten Schweiz

## Sommerliches zur Integrationspolitik

In der Europäischen Gemeinschaft läuft die Maschinerie jeweils bis Ende Juli auf Hochtouren und ruht dann bis in den September hinein grösstenteils. Auch für die Schweiz gab es in der letzten Juliwoche noch zwei wichtige Termine. Sie betrafen die Paraphierung des sogenannten Sachversicherungsabkommens mit der Gemeinschaft in Brüssel und den Besuch des für die Aussenbeziehungen zuständigen Vizepräsidenten der EG-Kommission, des Holländers Frans Andriessen, bei Bundespräsident Delamuraz in Bern. Dabei zeigte sich, dass die da und dort aufgetauchte Kritik, die Schweiz werde immer mehr zur integrationspolitischen Nein-Sagerin, wenig begründet ist.

Einen ihrer Ursprünge hat diese Kritik in der Skepsis der Schweiz gegenüber einer neuartigen supranationalen Rolle EFTA. Zu einer solchen Rolle haben sich vor allem in den skandinavischen Partnerländern progressive Vorstellungen entwickelt, seit der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, Anfang 1989 die Idee eines umstrukturierten Verhältnisses zwischen der EG und der EFTA mit gewissen gemeinsamen Entscheidungsmechanismen vorgetragen hatte.

Die Schweiz war durchaus bereit, diesen Ball aufzunehmen, machte aber auf den Sinn der Erhaltung einer hinreichenden Eigenständigkeit der Partner aufmerksam. Als widersprüchlich empfand sie die Schaffung von

EFTA-Organen mit übernationalen Befugnissen nach der Art der EG-Institutionen; denn andernfalls wäre ja besser, gleich die EG-Mitgliedschaft anzustreben, was aber aus souveränitäts- und neutralitätspolitischen Gründen zurzeit kein gangbarer Weg sei.

Wenn in diesem Zusammenhang in Nordeuropa stellenweise gegen die Schweiz und insbesondere gegen Staatssekretär Franz Blankart, Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, polemisiert wurde, so schien dies recht voreilig. Dass jedenfalls die EFTA-Partner der Schweiz in deren schöpferisches Denkvermögen einiges Vertrauen haben, bestätigt die Beauftragung Blankarts mit der Leitung der «EFTA-Arbeitsgruppe für institutionelle

Fragen». Diese Gruppe hat eben die schwierigen politischen und rechtlichen Fragen zu bearbeiten, die in künftigen multilateralen Verhandlungen mit der EG zu beantworten sein werden.

Die Ebnung des Terrains für solche Verhandlungen kommt offenbar in sachlicher wie in institutioneller Hinsicht gut voran, wie bei Andriessens Visite in Bern bekräftigt worden ist.

Entscheidendes Ziel bleibt der «dynamische europäische Wirtschaftsraum», der schon 1984 gemeinsam von der EG und den EFTA-Staaten proklamiert wurde. Für die Art, wie dabei heikle Probleme gelöst werden können, hat die Schweiz durch ihr Versicherungsabkommen mit der EG gewissermassen ein Modell geliefert. Es handelt sich um eine an sich recht komplizierte Vereinbarung, die aber alle Instrumente zur Erreichung eines einfachen Ziels einsetzbar gemacht hat. Es geht um die gegenseitige volle Niederlassungsfreiheit für die Branche der direkten Sachversicherung (also ohne Lebens- und ohne Rückversicherung). Die schweizerische Assekuranz erhält damit vollen diskriminierungsfreien Zugang zum EG-Binnenmarkt, und Analoges gilt in umgekehrter Richtung.

Politisch ausschlaggebend ist die institutionelle Konstruktion des Abkommens, das sich auf die gegenseitige Anerkennung autonomen Rechts stützt. Nicht nur wurde erstmals im bilateralen Integrationsbereich ein paritätisches Schiedsgerichtsverfahren eingeführt, sondern die inhaltliche Weiterentwicklung des Vertrags (oder aber im Extremfall seine automatische Ausserkraftsetzung) wurde unter voller Wahrung der beidseitigen Rechtssetzungautonomie ermöglicht.

Überblick über die Arbeiten der Partei  
in der Sommerpause

## Aktivferien der FDP

Keine Rede von Ausruhen, von Ferienflaute oder Sauregurkenzeit bei der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP). In den Monaten Juli und August, wenn sich die helvetische Politik von den Strapazen des Frühlings und der strengen Juni-Session erholt, macht die FDP Aktivferien. Generalsekretär Christian Kauter berichtet, womit sich die Partei beschäftigt.

Gewiss: die FDP respektiert die Erholungsbedürfnisse der Bundespolitiker und schreckt sie nicht mit Stellungnahmen aus dem Dolcefarniente. Das hindert die Partei jedoch nicht, voll «auf Draht» zu sein. So trat beispielsweise die im Laufe des Frühlings eingesetzte Brainstorming-Gruppe zusammen, analysierte die Lage der schweizerischen Politik und machte Jagd auf allfällige programmatische Defizite der Partei. Die Gruppe kam nach mehrtägiger, intensiver Arbeit zum Schluss, dass – ungeachtet der Verluste bei einzelnen kantonalen Wahlen – der FDP nicht Opportunismus, sondern einzig der harte Einsatz für die hohen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstverantwortung weiterhilft. Allerdings dürfen diese Begriffe nicht zu Leerformeln werden. Die FDP will darum eigens eine Veranstaltung einberufen, um diese Werte aus heutiger Sicht neu abzustützen, gleichsam philosophisch zu aktualisieren.

Die Arbeiten der «Brainstormer» wurden ergänzt von einem «Crea-Team», das Ideen und Massnahmen entwickelte, wie die Positionen der FDP effizient nach aussen getragen werden können. Den Kantonalparteien werden die Resultate beider Gruppen im Laufe des Herbstes unterbreitet.

Parallel dazu wurden in den Aktivferien der Partei auch die von den verschiedenen Parteiausschüssen vorgelegten Resultate gesichtet und mit Blick auf die Konkretisierung aufgearbeitet. Dazu einige Stichworte:

- Die Auseinandersetzung mit dem Strategiebericht des Bundesrates zur Asylpolitik ist weit fortgeschritten; hier geht es darum, eine schweizerische Migrationspolitik der neunziger Jahre zu formulieren.
- Die Papiere für eine freisinnige Bodenpolitik können am 16. September 1989 von einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung diskutiert und verabschiedet werden. Es werden Thesen vorgelegt, wie die «Lebensgrundlage Boden» den künftigen Generationen erhalten bleiben kann. Bodenpolitik soll generationenverbindend wirken. Auch für unsere Kinder soll der Begriff Freiheit mehr



als ein historisches Relikt bedeuten, sie sollen über Entscheidungsspielräume in der Bodenfrage und Raumpolitik verfügen können.

- Im Herbst wird ferner der Bericht einer kleinen Arbeitsgruppe vorgelegt werden, die sich mit der Europapolitik auseinandersetzt. Wenn auch ein EG-Beitritt im heutigen Zeitpunkt nicht zur Diskussion steht, so hat doch die Schweiz einen aktiven Beitrag zur Neugestaltung Europas zu leisten. Wie dieser Beitrag aussehen kann, zeigt die Arbeitsgruppe auf.

- Eine andere Arbeitsgruppe hat die Stellungnahme der FDP zum Drogenbericht des Bundesrates in Angriff genommen. Zusätzlich zu dieser Arbeit wird sie Thesen und Massnahmenvorschläge aus freisinniger Sicht ausarbeiten. Das Drogenproblem ist aus unserer Sicht ganzheitlich anzugehen, rechtliche, polizeiliche, medizinische und soziale Aspekte müssen gleichrangig berücksichtigt werden.

- Weitere Arbeiten von Parteiausschüssen und Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit den Fragenkreisen Landwirtschaft, Energie, Ökologie und Medien.

Ziel der freisinnigen Aktivferien ist es, die Position der FDP auf allen Gebieten deutlich zu machen. Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern setzt Inhalte voraus – auf schweizerischer, kantonaler und kommunaler Ebene. Die Inhalte liegen vor. Mit ihnen werden sich vorerst die Parteimitglieder auseinandersetzen. Wenn das geschieht, so wird auch die grosse Zahl der Bürger und Wähler erreicht.



## Die Vermittler im Blickfeld

Für einmal rückt dieses Bild nicht die Akteure, sondern die Vermittler der Bundesrepublik ins Blickfeld. Auf grosses Interesse stiess die Jahres-Pressekonferenz des EMD, die von Bundesrat Kaspar Villiger geleitet wurde. Bundeshausjournalisten, aber auch militärpolitisch interessierte Redaktoren nutzten die Gelegenheit, mit Bundesrat Villiger ins Gespräch zu kommen. Selbstverständlich fehlte auch das Fernsehen nicht (links) und eine ganze Anzahl Photographen.



Zu den Vorgängen in der Sowjetunion

## Bewährungsproben bestanden

Was Kommunisten gestern noch sakrosankt war, ist heute schon Makulatur. Dafür stehen die epochalen Ereignisse, Entwicklungen der vergangenen Wochen und Monate in der Sowjetunion.

Der Streik von einer halben Million Bergarbeitern dürfte die bisher wohl grösste Herausforderung für Parteichef und Staatspräsident Michail Gorbatschew gewesen sein. Weitere Krisen sind in dem Vielvölkerstaat unausweichlich. Gorbatschew bestand die bisherigen Bewährungsproben. Und jetzt, da der neue Oberste Sowjet, das Parlament, seine erste Session mit Bravour beendet hat, werden die ersten Strukturen der politischen Perestroika sichtbar. Die Umkehrbarkeit der politischen Umstrukturierung der Sowjetunion ist vielleicht noch nicht unmöglich, aber erheblich unwahrscheinlicher gemacht worden.

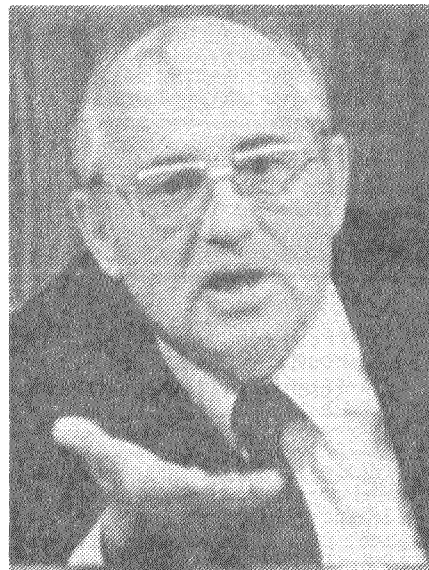
Den Streik der Bergarbeiter dürften die Theoretiker des Marxismus-Leninismus für undenkbar gehalten haben. Während zweier Wochen streikten im ersten «Arbeiterstaat» der Welt die Kohlebergarbeiter von Sibirien bis hin zur Ukraine gegen den Staat, und der Staat gab nach, beziehungsweise dieser erkaufte sich gewissermassen den Frieden mit fünf Milliarden Rubel (etwa acht Milliarden Dollar).

Die Arbeiter erhalten Konsumgüter, vor allem Seife, Rasierklingen und Winterstiefel, Nahrungsmittel; auch wurde ihnen grössere regionale Selbständigkeit zugesichert. Die Gründung unabhängiger Gewerkschaften nach Beispiel der polnischen «Solidarität» ist nicht mehr eine Frage der Zeit, sondern in einigen Kohlerevieren bereits Tatsache. Weitere Branchen dürften das Beispiel nachahmen.

### Verwirrendes Bild

Die Streiks begleiteten ethnische Konflikte, und zwar vom Baltikum bis hin zu den transkaukasischen Republiken und Georgien im Süden der Sowjetunion. Die sowjetische Verwaltungsstruktur entspricht nur in Ansätzen der nationalen Vielfalt, bestehend aus fünfzehn Republiken, zwanzig Autonomen Republiken, acht Autonomen Gebieten, zehn Autonomen Kreisen ... alles in allem 53 Nationalitäten und neben diesen noch 150 (hundertfünfzig!) Volksgruppen.

In diesem verwirrenden Bild dominieren (noch) die Russen, die die Hälfte der 287 Millionen Sowjetbürger ausmachen. Aber derweil die russische Geburtenrate knappe 0,7 Prozent (Ukraine sogar nur 0,4) erreicht, liegt diese bei den nichtslawischen Völkern derzeit bei drei Prozent in Usbekistan, mit 16 Millionen Einwohn-



Partei- und Staatspräsident Michail Gorbatschew hat erste Strukturen der politischen Perestroika geschaffen und dadurch erste Bewährungsproben bestanden.

nern die bevölkerungsstärkste zentralasiatische Republik.

Der Anteil der Russen an zentralen Führungspositionen ist beträchtlich höher, als ihnen zahlenmässig zustünde. Andere Nationen, Volksgruppen sahen (und sehen sich noch) sich einem Russifizierungsdruck ausgesetzt, und wo Angehörige nationaler Minderheiten nicht bereit waren, sich zu assimilieren, bestanden auch kaum Chancen zum sozialen Aufstieg.

Druck erzeugt Gegendruck. Dafür steht das Baltikum, und in den zentralasiatischen Republiken nehmen die antirussischen Tendenzen zu. Das Aufbegehren der Nationen gegen die staatsrechtliche Ordnung ist nur eine Facette des (ethnischen) Problems.

Die Autonomieansprüche der baltischen Republiken (Estland, Lettland, Litauen) sind die direkte Konsequenz des Zwangsanschlusses 1940 an die Sowjetunion. Der Oberste Sowjet entschied am 26. Juli klug (und im Sinne von Gorbatschew), als er mit 382 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen faktisch die Pläne der drei Republiken billigte, den grössten Teil ihrer Industrie, ihres Handels, ihres Verkehrswesens und ihrer Bodenschätze unter die eigene Kontrolle zu bringen.

Inseheim dürfte Gorbatschew dem Baltikum eine ähnliche Rolle zgedacht haben, wie sie die britische Kronkolonie Hongkong für China einnimmt: Ein Testmodell, an dem sich zeigen soll, ob eine Mischform zwischen Zentralismus und lokaler Autonomie gelingen könne. Das Baltikum ist

das Experimentierfeld auch in Sachen Demokratie innerhalb der Sowjetunion, weil Perestroika dort viel schneller abläuft als in den übrigen Sowjetrepubliken.

Bemerkenswert ist, wie Gorbatschew die KP-Führungen der baltischen Republiken behandelt, nämlich als gleichberechtigte Gesprächspartner und nicht als unbotmässige Provinzverwalter. (Und möglicherweise wandelt sich die Sowjetunion von der Föderation zur Konföderation.)

Politbüro und Zentralkomitee verfügen auch heute noch über die Macht, den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) abzusetzen, zu verbannen. Aber es ist nicht mehr derart einfach wie vor einem Vierteljahrhundert (Nikita Chruschtschew).

Die Sowjetbevölkerung hat unter Gorbatschew zum erstenmal das Gefühl erhalten, an den Entscheidungsprozessen zu partizipieren. Die KPdSU-Konservativen wie Jegor Ligaschew und Lew Saikow, die das Rad, wenn nicht zurückdrehen, so doch bremsen möchten, können heute nicht mehr sicher sein, ob sich die «Massen» nicht zugunsten von Gorbatschew erheben könnten. Auch Gorbatschew kann dessen nicht gewiss sein. Sein Vorteil ist, dass dieselbe Ungewissheit auch bei seinen Gegnern herrscht.

### Bewährungsprobe bestanden

Gorbatschew hat die Bewährungsprobe, was die Streiks angeht, bestanden. In den Bergleuten hat er Verbündete im Kampf gegen die Bürokraten – und KPdSU-Konservativen – auf allen Ebenen gefunden. Auf dem Höhepunkt der Streiks übte der Parteichef schärfste Kritik an seinen Widersachern. Es würden, wie Gorbatschew sagte, personelle Änderungen benötigt, «sogar im Politbüro!». Die Forderungen der Bergarbeiter liess er nicht im Politbüro oder im Zentralkomitee beraten, sondern vor dem Obersten Sowjet, dem neuen 542köpfigen Parlament.

Der neue Oberste Sowjet beendete Ende der ersten Augustwoche seine erste Session. Damit hat Gorbatschew eine weitere Hürde auf seinem schwierigen Weg zu mehr Glasnost und Perestroika genommen. Er bewertete die Session als «Beginn des Parlamentarismus in der Sowjetunion».

Anfänglich herrschte Skepsis in bezug auf die Zusammensetzung des Obersten Sowjets (dessen Mitglieder vom Volksdeputiertenkongress gewählt wurden), weil die radikalen Reformer allzu deutlich in der Minderheit schienen. Dieser Eindruck täuscht. Im Verlaufe der Tagungen überraschten die Parlamentarier, die sich furchtlos mit der Machtelite auseinandersetzten.

Das bekam vor allem Ministerpräsident Nikolai Rischkow zu spüren. Er musste für seine Minister kämpfen, und nicht alle Kandidaten für Ministerposten konnten sich durchsetzen. Die Parlamentsdebatten wurden von Radio und Fernsehen übertragen. Dadurch erreichte Gorbatschew (ein weiterer Kernpunkt seiner politischen Reformbestrebungen), dass sich die legislative Macht immer mehr auf die Räte (Sowjets) verlagert, also weg von der Partei, die gemäss Verfassung die «führende Rolle in Staat und Gesellschaft» beansprucht.

Früher war der Oberste Sowjet ein Akklamations-Forum gewesen. Jetzt gab es kein einziges Problem, das nicht kontrovers diskutiert wurde. In der Tat, ein neuer sowjetischer Parlamentarismus ist geboren; selbst eine Oppositionsfraktion, angeführt von Boris Jelzin und Andrei Sacharow, konstituierte sich. Kurz, es sind erste Strukturen der politischen Perestroika geschaffen worden.

Jacques Baumgartner

### Glasnost: Perestroika-Transmissionsriemen

Glasnost ist nach Perestroika (Umstrukturierung) das Markenzeichen der Politik von Gorbatschew. Glasnost ist gewissermassen Vehikel, Transmissionsriemen der Perestroika. Der Begriff wird, wenn in den westlichen Medien überhaupt noch, als «Öffentlichkeit, Offenheit, Transparenz» übersetzt: ein Sammelbegriff für Presse-, Informations-, Meinungs- und Glaubensfreiheit.

Schon im zaristischen Russland war Glasnost gefordert worden. So kennzeichnete 1896 die St. Petersburger «Grosse Enzyklopädie» den Begriff: «Öffentlichkeit der Regierungsmassnahmen, die die Grundrechte der Bürger betreffen», z. B. Öffentlichkeit der Gerichtsverfahren. Die heutige «Grosse Sowjetenzyklopädie» hat lediglich das Stichwort «Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens».

Die «Sowjetische Medienpolitik heute» hatte eine Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung in München zum Thema. Einige Kernaussagen der Referenten (Paul Roth, Universität der Bundeswehr/München; Botho Kirsch, Osteuropa-Redaktion der Deutschen Welle; Iain Elliot, Radio Liberty/München; Jonathan Eyal, Royal United Services Institute for Defence Studies/London; Michael Voslensky, Institut für sowjetische Gegenwart/Bonn):

• «Zensur auf allen Ebenen führte dazu, dass die Kremlführung nicht mehr über die Verhältnisse im eigenen Land informiert war, weil von oben befohlen wurde, worüber die Massenmedien von unten berichten durften. Wenn Gorbatschew verändern will, braucht er die Unterstützung der Bevölkerung. Er kann auch nicht auf die hundert Millionen gläubigen Christen verzichten. Sein Instrument sind die Medien, deren Glaubwürdigkeit er herstellen musste. Und erhoffte Wirtschaftshilfe aus dem Ausland kommt nur, wenn Gorbatschew im Ausland glaubhaft

ist. Glasnost bedeutet nicht Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit. Die Zensur ist nicht aufgehoben, sondern nur eingeschränkt worden (innere Zensur).»

• «Nach wie vor gilt, dass die Presse als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator unter Anleitung der Partei arbeitet. Journalistische Freiheit ist die freiwillige und bewusste Unterordnung aller seiner schöpferischen Anstrengungen, um raschestens und effektiv die welt-historischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung zu erfüllen» (Lehrbuch für Journalistikstudenten).»

• «Glasnost ist der Versuch, nach einem Wort von Gorbatschew, das Volk mit der «entarteten Partei» zu versöhnen. Es handelt sich nicht um eine Liberalisierung und Demokratisierung des Sowjetsystems im westlichen Sinne, sondern um Annäherung an die Wirklichkeit die der Partei längst davongelau- fen ist.»

• «Glasnost ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen, beharrlichen Aufklärungsarbeit der westlichen (Kurzwellen-)Sender. Sie haben die Parteipropaganda immer stärker in die Defensive gedrängt. Es herrscht Offenheit, aber es gibt keine Öffentlichkeit: Der Kreis der Mächtigen ist tabu. Entscheidungen fallen ohne Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Bis heute gibt es keine offizielle Analyse der verheerenden Wahlniederlage der Partei in den Volkswahlen vom 26. März.»

• «Der Kreml versucht seit 1985 Strukturen zu schaffen, um den Informationsfluss aus dem Westen in den Griff zu bekommen. Sein Vorschlag an das Informationsforum der Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Wien: die Schaffung eines paneuropäischen Informationsrates (unter staatlicher Aufsicht), der den «journalistischen Standard» setzt und kontrolliert ...»

### Schlimmer als Tschernobyl

In den sowjetischen zentralasiatischen, moslemischen Republiken sind bereits Tausende von Menschen einer Umweltkatastrophe zum Opfer gefallen, die in ihrem Unheil jene von Tschernobyl (Reaktorbrand 1986) offenbar übertrifft.

Die Ursache ist Baumwolle, das heisst, während Jahren wurden die Baumwollfelder überdüngt, mit Pestiziden vergiftet. Die Chemikalien gelangten in die Wasserversorgung. Gleichzeitig wurden den Flüssen Amudarya und Sirdaja (Oxus und Jaxartes) grosse Mengen Wasser zur Bewässerung entnommen. Die Folge: Der Aralsee trocknet aus, versalzt. Bereits hat sich das Klima geändert.

Die Kindersterblichkeit in diesen Gebieten ist viermal höher als in der übrigen Sowjetunion: 46 Totgeburten auf tausend Geburten in Usbekistan, 56 auf tausend in Turkmenistan. Laut «So-

cialist Industri» sterben «in einigen Gegenden mehr als ein Säugling von zehn im ersten Lebensjahr». Zwei Drittel der Bevölkerung in der Karakalk-Region litten an Leberkrankheiten, Kehlkopfkrebs; 83 Prozent der Menschen seien krank. Im «Baumwollgebiet» leben 35 Millionen Menschen.

Unterdessen erwägen die ukrainischen Behörden, weitere 100 000 Menschen aus dem Tschernobyl-Katastrophengebiet wegen (bisher nicht erkannter) Verstrahlungsgefahr zu evakuieren. Die Bjelorussische Sozialistische Sowjetrepublik (Weissrussland) fordert umgerechnet 16 Milliarden Dollar von der Zentralregierung in Moskau als Katastrophenhilfe. Das Schmelzen des Reaktors kostete den Kreml bereits zwölf Milliarden Dollar. Und laut Radio Moskau vom 7. Juli «nahmen 1988 die Störfälle in sowjetischen Atomkraftwerken zu».



# Spaltenstein

## IMMOBILIEN AG

Unsere Dienstleistungen:

- Liegenschaften-Verwaltung und Bewirtschaftung
- Vermietung und Verkauf von Liegenschaften
- casatip: Der Service für Liegenschafts-Käufer
- Bauherren-Treuhand, Projektentwicklung
- Marketing-Beratung

Immobilien-Projekte

- Nutzungskonzepte
- Städtebaulich integrierte Bauprojekte
- Reihenhäuser in Gruppen, Typ «Peikert Economy»
- Gesamtrenovierungen
- Stockwerkeigentum
- Vertragswesen

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG, Siewerdstr. 8, 8050 Zürich, Tel. 01/316 13 00



Für eine breite Streuung von Wohneigentum

## Ein gewaltsamer Durchbruch ist dringend

«In seinem Haus ist selbst der Arme ein Fürst!» Diese Aussage im Talmud, dem Lehrwerk des Judentums, hat wahrlich zeitlose Bedeutung. Das Bedürfnis des Menschen nach Wohneigentum entspricht dem ihm angeborenen Erhaltungstrieb, bedeutet für ihn Freiheit und soziale Sicherheit. FDP-Nationalrat Karl Weber (SZ) ist deshalb überzeugt davon, dass das im Obligationenrecht vorgesehene Verpfändungsverbot für alle Vorsorgemittel unverzüglich zu lockern ist.

Die schweizerische Eigentümerquote ist heute bei knapp einem Drittel angelangt und damit im Vergleich zu anderen Staaten sehr tief. Der Nachholbedarf im Wohnungsbau, eine Spätfolge der Weltkriegsjahre, dauerte bis in die sechziger Jahre. Bereits 1964 gründeten Kreise der Privatwirtschaft die «Schweizerische Zen-

tralstelle für Eigenheim- und Wohnbauförderung». Ihre Hauptziele sind die Verstärkung der Wohnungsproduktion, die Verbilligung des Wohnungsbaus und die Vergünstigung der Finanzierungsmittel.

1965 verankerten die eidgenössischen Räte ein 1958 eingeführtes Modell zur Förderung des

sozialen Wohnungsbaus in einem Bundesgesetz. Dieses Modell erreichte aber wegen der umständlichen Vorschriften und des grossen Formularkriegs keine grosse Breitenwirkung.

Das im Jahre 1974 unter der Federführung von Bundesrat Ernst Brugger erlassene Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung (WEG) schliesslich brachte grosse Fortschritte für den genossenschaftlichen Wohnungsbau und Alterswohnungen. Hingegen konnte auch das WEG für die Eigenheime nur wenige Impulse auslösen. Zu viele Hindernisse stehen noch im Wege.

### Hindernisse

Das knappe Baulandangebot, die bodenfressenden Ausnutzungsziffern, die zögernden Erschliessungen durch die Gemeinden und alle planerischen und administrativen Schikanen behindern die Bauwilligkeit. Der Egoismus bisheriger Anwohner von Bauzonen treibt oft sonderbare Blüten.

Den grössten Ärger bereitet die Finanzierungsseite. Mit dem Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) wollte der Gesetzgeber neue Finanzierungsquellen für die Eigenheimförderung erschliessen. Mit spitzfindigen Auslegungen wird der Einsatz von ausgesparten BVG-Mitteln verhindert. Es war bestimmt nie die Absicht, die Vorsorgeneration vor 1985 wie auch die Sparer der dritten, freiwilligen Säule um die Vorteile des BVG zu prellen. Mit einer Beharrlichkeit sondergleichen versuchen die professionellen Anleger (Pensionskassen, Versicherungen, Banken), die verfügbaren Mittel für eigene Anlagen einzusetzen. Mit ihrer geballten Finanzmacht verdrängen diese die Versicherten mit deren eigenem Geld vom Wohnungsbau. Und falls die professionellen Anleger nicht mehr ausweichen können, gewähren sie den eigenen Versicherten «gnädigst» eine bankübliche Hypothek. Von der ursprünglichen Absicht, angesparte Vorsorgemittel direkt als Abzahlung (Verwendungsmodell) einzubringen, hat man durch die Hintertür Abschied genommen. Die Versicherten sind zu den Bevormundeten ihrer eigenen Vorsorgeinstitution geworden.

Gleichzeitig macht sich auch der gefräßige Fiskus bemerkbar. In Missachtung des Verfassungsauftrags will er nur kleinliche Beträge als steuerlich abzugsberechtigt erklären. Der Sabotageversuch der kantonalen Finanzdirektoren gegen die Selbstvorsorge in der Form des Wohnsparens muss mit allen Mitteln bekämpft werden.

### Deblockierung unaufschiebbar

Die Schweizer sparen im Jahr für die Altersvorsorge der zweiten obligatorischen Säule rund zwanzig Milliarden, das gegenwärtige Vermögen aller Vorsorgeeinrichtungen wird auf 200 Milliarden Franken geschätzt. Der Schweizer muss seine angesparten Mittel für den Erwerb von Wohneigentum einsetzen können. Die eigenen vier Wände bedeuten Verbesserung der Lebensqualität, die Eltern und Kindern zugute kommt. Wohnsparen ist eine inflationsge-

## FDP-Ideen

sicherte Anlage und ermuntert zu sinnvollem Konsumverzicht. Selbstgenutztes Wohneigentum ist kein Spekulationsgut, es ist die beste Altersvorsorge.

In Anbetracht der stark gestiegenen Bodenpreise und Baukosten aber wird der Erwerb von Wohneigentum immer schwieriger. Das im Rahmen der beruflichen Vorsorge auferlegte Zwangssparen verliert immer mehr seine Sparkraft. Die in Aussicht stehende Revision des BVG wird vor dem Jahre 2000 kaum wirksam werden. Darum ist das in Art. 33lc Obligationenrecht vorgesehene Verpfändungsverbot für alle Vorsorgemittel unverzüglich zu lockern. Bis zur Hälfte des

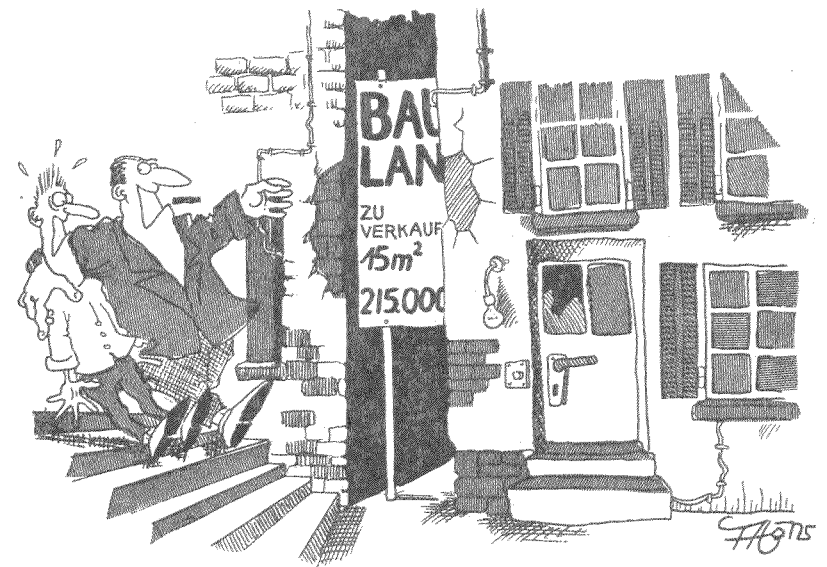
jeweiligen Freizügigkeitsguthabens sollen die Ersparnisse zum Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum freigegeben werden. Dass dabei der anwartschaftliche Charakter der Ansprüche gewahrt bleiben muss und Zweckentfremdung zu verhindern ist, bleibt selbstverständlich.

Eine Deblockierung ist unaufschiebbar. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht mehr länger auf der Wartebank sitzen bleiben müssen, während die Vorsorgeträger ihre Versicherten noch mehr zum «Volk der Mieter» machen. Zufriedene Bürger stärken schliesslich auch unsere staatliche Gemeinschaft.

### Freisinnige Vorstösse im eidgenössischen Parlament in der Sommersession 1989

<b>Ausländerpolitik</b>	
P Qualifizierte ausländische Arbeitskräfte.	Bremi (NR/ZH)
M Biga-Kontingent	Fischer (NR/AG)
M Beschäftigung von Asylbewerbern	
<b>Aussenpolitik</b>	
EA Armee-Einsatz in der Fabrik Eternit-Gruppe Schmidheiny in Südafrika	Mühlemann (NR/TG)
I Staatspräsident Ceausescu und a. Bundespräsident Aubert	Bonny (NR/BE)
EA Nationalchina. Beziehungen zur Schweiz.	Schüle (NR/SH)
<b>Bildungspolitik</b>	
P Forschung und Bildung im Umweltschutz	Cavadini (NR/TI)
P Forschung und Ausbildung in Elektronik	Cavadini (NR/TI)
P Universitäten: Vereinheitlichung von Aufnahmebedingungen	Fäh (NR/LU)
M Medizinalprüfungsverordnung. Revision	Nabholz (NR/ZH)
<b>EG - Schweiz</b>	
EA Information über den EG-Binnenmarkt 1992 und die Zukunft Europas	Spälti (NR/ZH)
<b>Energiepolitik</b>	
EA Energiepolitische Aussagen der Kartellkommission	Schüle (NR/SH)
EA Unverhältnismässige Genehmigungsgebühren für Vorlagen von Energieerzeugungsanlagen	Büttiker (NR/SO)
<b>Finanzpolitik</b>	
M Kleinkreditgeschäft, Bundesgesetz	Affolter (SR/SO)
I Aufrechterhaltung der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer	Flückiger (SR/JU)
P Interkantonaler Vergleich Steuerbelastung	Loeb (NR/BE)
EA Steuerbefreiung wegen gemeinnütziger Zweckverfolgung	Spoerry (NR/ZH)
<b>Gesundheitspolitik</b>	
P Bundesbeiträge an Krankenkassen. Aufteilung	Aubry (NR/BE)
I Belastung des menschlichen Körpers durch Quecksilber	Aliesch (NR/GR)
<b>Militärpolitik</b>	
EA Kriegsmaterialbestellungen. Regionale Auswirkungen	Flückiger (SR/JU)
P. Iv. Militärstrafgesetzbuch. Abschaffung der Todesstrafe	Pini (NR/TI)
P Militärische Karriere. Verkürzung der Etappen	Pini (NR/TI)
P Einkäufe für die persönliche Ausrüstung des Soldaten	Etique (NR/JU)
P Armeereform 95 und Gesamtverteidigung	Fäh (NR/LU)
<b>Umweltpolitik</b>	
M Dringliche Massnahmen zur Rettung der Elefanten	Segond (NR/GE)
I Forschung auf dem Gebiete der Trinkwasseraufbereitung	Flückiger (SR/JU)
I Schutz der Regenwälder	Fäh (NR/LU)
P Umweltbezogene Marktinformation	Schüle (NR/SH)
M Kompensation von Landschaftsbeeinträchtigungen, Nationalstrassen	Flückiger (SR/JU)
P Entsorgungsgebühr für Batterien	Schüle (NR/SH)
<b>Verkehrspolitik</b>	
I Neat. Anschluss von Zürich	Jagmetti (SR/ZH)
I Bahn 2000: Neubaustrecke Mattstetten-Rothrist	Scheidegger (NR/SO)
I Ausbau der Seetalbahn	Aregger (NR/LU)
<b>Verschiedene politische Bereiche</b>	
M Posttaxen. Kompetenz des Parlaments	Aubry (NR/BE)
M Aussagen eines Nationalrates im deutschen Fernsehen	Stucky (NR/ZG)
EA Interdepartementale Koordination der Drogenbekämpfung	Spälti (NR/ZH)
I Bundesbeiträge und Sponsoring	Aliesch (NR/GR)
P Schutz des Schweizer Wappens	Gysin (NR/BL)
I 700-Jahr-Feier	Houmard (NR/BE)
EA Einhaltung des Ratsreglementes	Eppenberger (NR/SG)
M Titel von Volksinitiativen	Zwingli (NR/SG)
EA Berufliche Vorsorge: besondere Regelung für kantonale und kommunale Magistratspersonen	Fäh (NR/LU)
P Bewirtschaftungsbeiträge an die Landwirtschaft mit erschwerten Produktionsbedingungen	Zwingli (NR/SG)
<b>Wohneigentumsförderung</b>	
P. Iv. Für eine Neukonzeption der Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge	Spoerry (NR/ZH)
M Förderung Wohneigentum mit Mitteln der zweiten Säule	Weber (NZ/SZ)

P. Iv. = Parlamentarische Initiative  
M = Motion  
P = Postulat  
I = Interpellation  
EA = Einfache Anfrage



«Wer redet denn hier von Bodenknappheit?»

### Ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz

## Lebensgrundlage Boden

Analyse, Thesen und Massnahmen aus der Sicht der FDP

Samstag, 16. September 1989, 9.30–15.30 Uhr, Casino, Bern (Herrengasse 25, Tram Nr. 3 Richtung Saali oder Tram Nr. 5 Richtung Ostring, Haltestelle Zytglogge)

### Traktanden

- ab 9.30 Begrüssungscafé, Einschreiben
- 10.00
  - Eröffnung und Begrüssung durch den Parteipräsidenten *Nationalrat Franz Steinegger*
  - Kurze Einleitung durch den Tagungsleiter, *Nationalrat Urs Scheidegger*
  - Vorstellung des bundesrätlichen Massnahmenpaketes im Bereich «Bodenrecht» (Sofortprogramm) durch den *Bundespräsidenten Jean-Pascal Delamuraz*
  - «Liberale Vorstellungen in der Bodenpolitik», *Referat von Ständerat René Rhinow*
  - «Fünf Grundsätze zum Bodenrecht», *Referat des Tagungsleiters*
- Diskussion im Plenum und Verabschiedung der Grundsätze
- 12.00 Mittagspause
- 13.15
  - Massnahmen im Bereich «Bodenrecht»
  - 1. Vorstellung mittel- und längerfristiger Massnahmen durch Mitglieder der FDP-ad-hoc-Arbeitsgruppe «Bodenrecht/Raumplanung/Wohneigentumsförderung»
  - Referenten:
    - a. *Bundesrat Rudolf Friedrich, Winterthur*
    - *Hans Bisig, Präsident LVP Kanton Schwyz, Architekt, Lachen*
  - 2. Diskussion im Plenum mit Behandlung der schriftlichen Anträge der Delegierten
  - Experten:
    - *Marina Masoni, Präsidentin Jungliberale Bewegung der Schweiz, Rechtsanwältin, Lugano*
    - *Dr. Hans Flückiger, stv. Direktor Bundesamt für Raumplanung, Bern*
    - *Bernard Krayenbühl, Rechtsanwalt, Lausanne*
    - *Dr. Rudolf Rohr, Direktor Redressement National, Würenlos*
    - *Nationalrat Pierre Savary, Payerne*
    - *Dr. Alex Wili, Präsident Verband liberaler Baugenossenschaften, Kriens*
  - 3. Verabschiedung der Massnahmen im Plenum
- 15.30 Schluss der Versammlung

Ansprachen und Voten werden simultan übersetzt. Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz sind alle interessierten Parteimitglieder eingeladen.

Der/die Unterzeichnete

nimmt an der a. o. Delegiertenversammlung vom 16. September 1989 teil.

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Talon bitte an das Generalsekretariat FDP, Postfach, 3001 Bern, retournieren.



# FDP-Parteireise 1989

## Faszinierende Inselwelt Indonesiens



Auf der Reise vom 7. bis zum 25. Oktober 1989, begleitet von Herrn Ständerat Rico Jagmetti, sind noch einige Plätze frei!

### Auskünfte und Anmeldung bei:

Sekretariat FDP, Frau E. Weber,  
Sihlamtstrasse 5, 8039 Zürich  
Telefon (01) 202 35 30

oder

Reisebüro Kuoni AG, Frau Monika Schweizer  
Neue Hard 7, 8037 Zürich  
Telefon (01) 277 44 44

## Einladung an die Bevölkerung des rechten Zürichseeufers

Die Generation, der die Schweiz den Frieden in Freiheit verdankt, führt ihren Gedenk Anlass «Diamant» in Erinnerung an den 50. Jahrestag der Mobilmachung am

### Samstag, 2. September 1989

am Morgen auf der Forch durch. Um dieser Generation eindrücklich für ihren grossen persönlichen Einsatz für unser Land zu danken, findet anschliessend ein

## öffentlicher Gedenkakt auf der Forch

statt. Damit soll die Verbundenheit der ganzen Bevölkerung mit der Aktivdienstzeit-Generation ausgedrückt und der «Diamant»-Gedenk Anlass aktualitätsbezogen ergänzt werden.

Der öffentliche Gedenkakt mit Kranzniederlegung beginnt um **14 Uhr** und wird begleitet vom **Gemischten Chor Oberer Zürichsee**, dem **Gemischten Chor Wetzwil/Herrliberg** und dem **Spiel der Zürcher Infanterie-Rekrutenschule**.

Vorgängig wird für die Teilnehmer am Gedenkakt ein

## Sternmarsch auf die Forch

durchgeführt. Unter kundiger Führung wird abmarschiert:

12.15 Uhr vom Parkplatz Pfannenstiel  
12.15 Uhr vom Schiessstand Meilen  
12.30 Uhr von der Kirche Wetzwil/Herrliberg  
12.45 Uhr vom Schiessstand Erlenbach  
12.45 Uhr von der Kunsteisbahn Küsnacht (KEK)

**Direkt- und Sternmarsch-Teilnehmer treffen sich am Samstag, 2. September, um 14 Uhr beim Forchdenkmal zum Gedenkakt.** (Rücktransport, Getränke und Verpflegung sind organisiert.)

Diese Veranstaltungen werden durchgeführt von der **OG Zürichsee rechtes Ufer** und von folgenden Vereinen mitgetragen: **UOG Zürichsee rechtes Ufer, Feldweibelverband Sektion Zürich, OG AVIA Flab, Meilomer Bezirksparteien der FDP, der SVP und der CVP.**

SKA-Anlage-Service  plus®



## Überblick. Mit dem SKA-Anlage-Service plus.

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom «SKA-Anlage-Service plus» Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DANK BESSERER INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick verschaffen wir Ihnen z.B. dank unseren weltweiten direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen – zu den Spezialisten an allen Börsen im In- und Ausland sowie zu den renommierten Gruppen und Partnergesellschaften der SKA.

Mehr Überblick schafft Ihnen aber auch unser dynamisches Management, unsere aufs modernste ausgebaute elektronische

Infrastruktur, z.B. mit dem computergesteuerten Anlage-Informationssystem (AIS), und selbstverständlich auch Ihr persönlicher SKA-Anlage-Berater.

Sie treffen Ihre Entscheidung auf der Basis von fundierten und umfassenden Informationen. Damit Sie den Überblick behalten.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT  
SKA



Eine Scheinlösung

## Gegen eine Zusammenfassung von Asylpolitik und Ausländerpolitik zu einer Migrationspolitik

Kernstück des Berichtes einer interdepartementalen Strategiegruppe bildet der Vorschlag, es sei die Asyl- und Ausländerpolitik in einer Migrationspolitik zusammenzufassen. Nationalrat Jean-Pierre Bonny (BE) nimmt dazu Stellung.

Kurz umschrieben sieht das Modell der interdepartementalen Strategiegruppe wie folgt aus: Es wird von einem «umfassenden Ausländerbegriff» ausgegangen, der – mit Ausnahme der Touristen und der Schwarzarbeiter – alle Ausländer, welche ständig oder vorübergehend in unserem Land anwesend sind, einschliesst. Es geht also insbesondere um die Niedergelassenen, die Jahresaufenthalter, die internationalen Funktionäre als ständig anwesende Ausländer sowie die Saisoniers, Kurzaufenthalter, Grenzgänger und Asylbewerber als nicht ständig anwesende Ausländer.

Bezüglich der Steuerung dieser sowohl die Asyl- als auch die Ausländerpolitik umfassenden «Migrationspolitik» (im Sinne eines Oberbegriffs) wird zwischen der ständig anwesenden und der vorübergehend anwesenden Wohnbevölkerung unterschieden. Die Steuerung der erstgenannten Kategorie erfolgt über die Festsetzung eines Migrationssaldos, d. h. über den Zufluss; die Steuerung der zweitgenannten Kategorie erfolgt über die Festlegung einer Bestandesgrösse.



### Untauglicher Versuch

Es sei vorausgeschickt, dass es ausserordentlich schwierig ist, eine neue und auch praktikable Lösung für unsere Flüchtlings- und Asylpolitik zu finden. Der Vorschlag einer Migrationspolitik mit den dazu vorgesehenen Steuerungsmechanismen erweist sich aber leider als untauglicher Versuch, der durch das vorgeschlagene «Eintopfgericht» nicht nur keine Lösung im Asylbereich brächte, sondern gleichzeitig auch die bisher einigermaßen

funktionierende, allerdings auch mit gewissen Schwächen versehene Ausländerpolitik völlig aus dem Gleichgewicht bringen würde.

### Gründe für die Ablehnung

Nachstehend seien kurz die wichtigsten Gründe für die Ablehnung genannt.

Die neue Lösung ist rechtspolitisch unhaltbar. Sie sieht im Prinzip nichts anderes vor, als dass eine illegal bleibende Praxis mit einem legalen Mantel abgedeckt werden soll. Eindeutig rechtswidrige Verhaltensweisen würden im nachhinein legalisiert. In diesem Zusammenhang muss auch die Tatsache gesehen werden, dass die illegale Einwanderung künftig der legalen Einwanderung gleichgestellt würde. Es stellt sich die Frage, aus welchen Gründen sich ein Einwanderer überhaupt noch des legalen Verfahrens bedienen sollte. Unzweifelhaft würde der leider schon heute bestehende Prozess, dass Einwanderer bei illegaler Verhaltensweise in der Schweiz im Endeffekt nichts zu riskieren haben, noch verstärkt. Die Folge wäre unweigerlich ein noch stärkeres Ansteigen der Einwanderung.

Der neue Vorschlag der Migrationspolitik stellt auch insofern eine Scheinlösung dar, als bei diesem Novum letztlich der Migrationssaldo beziehungsweise die festgelegte Bestandesgrösse (für die nichtständige ausländische Wohnbevölkerung) ebenfalls durchgesetzt werden müsste. Mit anderen Worten: Auch das neue System erfordert, dass im Vollzug Ausschaffungen und Rückweisungen stattfinden müssen. Man stünde damit wiederum vor der gleichen Problematik wie heute in der Asylpolitik.

Das neue System gibt sichere Werte und Vorteile der bisherigen

## Standpunkte

Ausländerpolitik preis. Diese basierte in der Kalkulation der Kontingente der Fremdarbeiter vor allem auf der Berücksichtigung der Rückwanderung. Künftig würde man – jedenfalls bezüglich der wichtigsten Kategorie der ständig anwesenden Ausländer – nur noch auf dem Zufluss basieren.

Eine Migrationspolitik der Zukunft müsste auch unbedingt auf die Herausforderung durch die EG 1992 Rücksicht nehmen. Aus europapolitischer Sicht müssen

gegenüber dem neuen Modell zwei wichtige Vorbehalte angebracht werden:

Im Vorfeld der Verhandlungen über die EG-Freizügigkeitspolitik geben wir ein klares Konzept in der Ausländerpolitik zugunsten einer höchst unsicheren neuen Position preis.

Das neue Modell favorisiert legale und illegale Zuwanderer aus Ländern ausserhalb Europas. Mit der EG müssen wir aber in erster Linie einmal die Migrationsprobleme innerhalb Europas lösen.

## Wichtige Aufgabe des Staates

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) unterstützt die vom Bundesrat in Angriff genommene Neuordnung der Exportrisikogarantie (ERG) sowie die Abschreibung der Verluste aus der Währungsgarantie. Die FDP erachtet die Exportrisikogarantie als eine wichtige Aufgabe des Staates. Wie in allen anderen Staaten trägt sie zur Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft bei.

Bezüglich der Währungsgarantie hält die FDP fest, dass diese in den siebziger Jahren dazu beitrug, in einer schlechten Konjunkturlage die stark exportabhängigen Industriezweige vor Beschäftigungseinbrüchen zu schützen.

Der Bund konnte somit auf Kosten der ERG Konjunkturpolitik betreiben. Der «Preis», der heute dafür bezahlt werden muss, ist günstig. Die vorgeschlagenen Massnahmen zur Abschreibung der Währungsverluste haben zudem keinen Einfluss auf die Finanzrechnung des Bundes. Die FDP begrüsst deshalb die Absicht des Bundesrates, die entstandenen Verluste der Währungsgarantie nicht durch Prämien erhöhungen abzubauen zu wollen. Die Partei ist ferner der Auffassung, dass der

Bund sämtliche Massnahmen, die der Eigenwirtschaftlichkeit der ERG dienen, fördern soll. Zudem muss die ERG flexibel ausgestaltet werden. Es muss sofort auf eintretende Grossrisiken, Umschuldungen und diesbezügliche Ereignisse im internationalen Wirtschaftsgefüge reagiert werden können, damit Verluste, wie sie heute auf Grund von Währungsgarantien anstehen, gar nicht erst entstehen können. Die FDP fordert zudem Massnahmen und Bestrebungen auf internationaler Ebene für eine internationale Angleichung der Leistungen und Bedingungen der verschiedenen ausländischen Exportrisikogarantien.

Positiv beurteilt die FDP, dass die Exportrisikogarantie es ermöglicht, auf Märkten vieler Dritt-Welt-Länder und gewisser Oststaaten präsent zu bleiben, die sich zurzeit in einer Krisenlage befinden, die aber mittel- und langfristig wieder an Bedeutung gewinnen werden. Die FDP steht auch Entschuldungsmassnahmen grundsätzlich positiv gegenüber, ist aber der Ansicht, dass es sich dabei um eine Problematik handelt, die über die Möglichkeiten der ERG hinausgeht.

*EIGENTLICH KÖNNEN WIR IHNEN NICHT MEHR SAGEN,*

*BEVOR WIR MEHR ÜBER IHRE BEDÜRFNISSE HÖREN.*

**BANK VONTOBEL**  
Zürich

Die Spezialisten für Vermögensverwaltung und Wertpapierhandel. Unabhängig und persönlich.  
Bank J. Vontobel & Co. AG, Bahnhofstr. 3, CH-8022 Zürich, Tel. 01 488 7111. Weitere Unternehmen der Vontobel-Gruppe: Vontobel USA Inc., New York, Vontobel Asset Management AG, Zürich, EC Consulting Group AG, Zürich, Düsseldorf, London, Brüssel.



Auswirkungen des Wertewandels auf den Sport

# Sport erfüllt wichtige soziale Aufgaben

Welche Auswirkungen hat der Wertewandel auf den Sport in unserer Gesellschaft? FDP-Generalsekretär Christian Kauter stellt fest, dass der Sport heute vor allem zum intensiven Erleben genutzt wird. Der Sport spielt ausserdem eine grosse Rolle in der Gesellschaft als Ort der Begegnung. Kauter plädiert deshalb für eine volle soziale Anerkennung des Sports.

Mitte der achtziger Jahre machte der Autor Fritjof Capra mit seinem Buch «Wendzeit» Schlagzeilen. Als Vertreter des New Age prophezeite er, dass tiefgreifende Veränderungen der gesellschaftlichen Beziehungen erst noch bevorstehen. Obwohl Capras Buch umstritten ist, der rasante Wertewandel unserer Gesellschaft ist unverkennbar. Er findet seinen Ausdruck unter anderem in einer schleichenden Aushöhlung traditioneller Bindungen und Loyalitäten sowie in einem zunehmend erkennbaren Desinteresse am Gemeinwohl. Im Vordergrund steht

heute die Verwirklichung von Partikularinteressen, ja sogar von Egoismen, in einer Gesellschaft, die ihre existentiellen Bedürfnisse längst befriedigt hat, in einer Gesellschaft, wo Konsum, Prestige und Macht unser Leben immer mehr zu dominieren scheinen.

In der Öffentlichkeit findet dieses neue Denken seinen Ausdruck im Versuch, gegensätzliche Interessen auszugleichen. Intuitiv – möglicherweise aus einem Gefühl des schlechten Gewissens heraus – fallen Entscheidungen sowohl für die Natur als auch für die Technik, sowohl für Partialinteressen als auch für das Gemeinwohl. Die Folge davon ist eine zunehmende Ambivalenz im Handeln.

### Wertewandel und Sport

Die hier nur summarisch geschilderten Tendenzen führen zwangsläufig zu neuen Werthaltungen unserer Gesellschaft, die ihren Niederschlag auch in ausgeprägter Form im Sport finden. Diente der Sport früher gewissermassen als Vorbereitung, Lernprozess für die Leistungsgesellschaft und später vor allem der Erholung nach der Arbeit, so ist er heute er-

lebnisorientierter. Der Sport wird genutzt zum intensiven Erleben und zur Verwirklichung der persönlichen Interessen und Bedürfnisse. Gesucht wird im Sport Geselligkeit, Abenteuer, Spannung, Dramatik und vor allem auch Kommunikation.

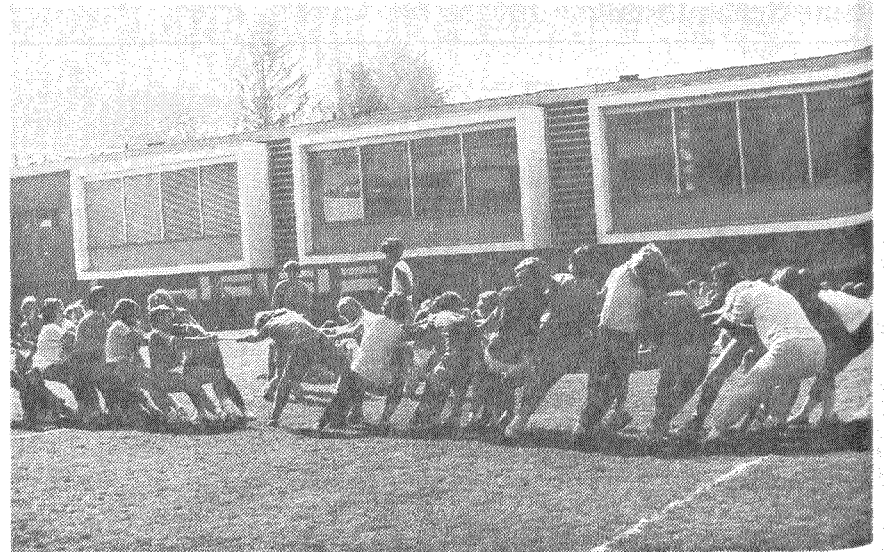
Mit dem durch den Wertewandel entstandenen neuen Lebensstil hat der Sport in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert erlangt, der sich im Zeitbudget auch eines ganz normalen Durchschnittsbürgers auswirkt: Sportnachrichten werden gehört, Sportberichterstattungen in Zeitungen und Zeitschriften werden gelesen, Sport ist ein wichtiges Thema bei Diskussionen in der Familie, am Stammtisch und am Arbeitsplatz. Vor allem aber das Fernsehen hat Menschen dem Sport zugeführt, die noch nie auf einer Wettkampfbahn waren, auf einem Fussballplatz, einem Tennisplatz oder in einer Schwimmhalle.

Der Gemeinde der aktiven Sportler hat sich eine weit grössere Gemeinde passiver Sportler beigegeben. Sie fiebert mit für ihren Fussball-, Handball-, Tennis- oder Hockeyklub, sie feiert oder trauert mit dem Sieger oder Verlierer. Vor allem aber: dabei gewesen will man sein, miterlebt haben will man jede Phase eines Spiels.

### Sport als Kommunikator

Trotz zunehmender Individualisierung unserer Gesellschaft ist das Bedürfnis nach direkter Kommunikation, nach dem Gespräch zwischen Menschen gestiegen. Weil sich die Menschen im Sport auf eine angenehme und ungezwungene Art begegnen, wird dadurch die Kommunikation erleichtert. Der Sport selbst ist zum Kommunikator geworden.

Dieser Wertewandel in der Gesellschaft und dessen Auswirkun-



Der Sport erfüllt in der Gesellschaft wichtige soziale Funktionen.

gen auf den Sport veranlassen abschliessend zu folgenden Thesen:

Genussorientierter, geselliger, aktiver, bewusster leben sind die Lebensziele der Gesellschaft von heute und wohl auch von morgen. Der Sport scheint zu deren Verwirklichung geradezu prädestiniert zu sein.

Mit der fortschreitenden Individualisierung unserer Gesellschaft, dem höheren Stellenwert von Eigeninteressen und Eigennutzen von Einzelnen und Personen wird der Sport zunehmend zum integrierenden gesellschaftspolitischen Faktor.

Wachsendes Freizeit-, Körper-, Gesundheits- und Sportbewusstsein stellen die Sportvereine vor neue Anforderungen. Die Rücksicht auf die Ansprüche des Einzelnen, die Fähigkeit, auf das Ego des Sporttreibenden einzugehen, bedingen grundsätzliche strukturelle Anpassungen der Vereine.

Obwohl der Sport in unserer Gesellschaft einen immer wichtigeren Platz einnimmt, ist ihm – im Gegensatz beispielsweise zur Kultur – die volle soziale Anerkennung bisher versagt geblieben. Solange es nicht gelingt, vermehrt glaubwürdige, kompetente,

selbstlose und engagierte Persönlichkeiten als Exponenten für den Sport zu gewinnen, wird seine Anerkennung durch die Gesellschaft ausbleiben.



September	
Session:	18. 9. bis 6. 10.
15.	Delegiertenrat
16.	a. o. Delegiertenversammlung (in Bern)
24.	Eidgenössische Volksabstimmung
Oktober	
Session:	18. 9. bis 6. 10.
20.	Delegiertenrat
21.	a. o. Delegiertenversammlung (in Bern)
November	
Session:	27. 11. bis 15. 12.
26.	Eidgenössische Volksabstimmung
Dezember	
Session:	27. 11. bis 15. 12.
6.	Vereinigte Bundesversammlung

### Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: ofa Zeitschriften, Sägereistr. 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–, Jahresabonnement Fr. 20.–.

**zellweger**  
 misst, prüft, erfasst, speichert, steuert,  
 regelt, verbindet, kopiert, registriert, sortiert,  
 analysiert, organisiert, evaluiert, optimiert, übermittelt

Zellweger Uster AG, 8610 Uster  
 Polymetron AG, 8617 Mönchaltorf  
 Zellweger Sargans AG, 7320 Sargans  
 Gas Control Systeme AG, 8057 Zürich  
 Ruf Datensysteme AG, 8058 Zürich  
 Telova AG, 8045 Zürich  
 Buma SA, 8600 Dübendorf  
 Ernst Jost AG, 8600 Dübendorf  
 sowie 14 Tochtergesellschaften im Ausland

**zellweger**

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.



Ihre Verbindung zum Käufer nach Mass

**Maag**

**Führend im Pflanzen- und Holzschutz**

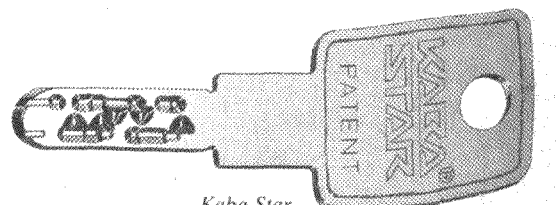
**Pflanzenschutz in der Landwirtschaft**  
 Maag entwickelt und produziert umweltgerechte Pflanzenschutzmittel, damit ausreichende Ernten gesichert sind. Innovative Forschung und modernste Produktionsanlagen bilden die Basis dafür.

**Haus und Garten**  
 Die Maag-Produkte für Haus und Garten gegen Schädlinge, Pilzkrankheiten und Ungeziefer genügen höchsten Ansprüchen bezüglich Umweltverträglichkeit und Sicherheit des Anwenders.

**Holzschutz**  
 Holz ist Natur und Holz lebt. Daher benötigt es Pflege und Schutz – wie der Wald, aus dem es stammt. Maag wählen, heisst ein umweltfreundliches Konzept für den Holzschutz wählen.

Dr. R. Maag AG 8157 Dielsdorf Telefon 01/855 11 11

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.  
 Das universelle Schliesssystem.  
 Von Bauer Kaba.



Der frühere deutsche Bundespräsident Walter Scheel und FDP-Nationalrat und Fraktionschef Ulrich Bremi referierten in Zollikon

## Positionen zu Europa

Europa und die Schweiz war das Thema einer Veranstaltung in Zollikon (ZH), an der der deutsche Alt-Bundespräsident, der Liberale Walter Scheel, und FDP-Nationalrat Ulrich Bremi referierten. Während Scheel die Europäische Gemeinschaft als logischen und notwendigen Schritt zur politischen Einheit Europas sieht, gab Bremi den Vorbehalt der Schweiz zu bedenken, wonach Neutralität, Föderalismus und direkte Demokratie derzeit nicht mit der EG-Struktur vereinbar seien. Anna-Marie Kappeler berichtet.

Walter Scheel stellt die politische Idee Europa ins Zentrum seiner Rede. «Den Frieden bewahren und sichern – das war die zukunftsweisende Idee der Gründungsäter der EG», so Scheel, und weiter: «Nur als Solidargemeinschaft kann Europa aktiv an der Gestaltung der Weltpolitik mitwirken und als dritte Kraft zwischen den Weltmächten Eigenständigkeit bewahren.» Die EG sei aber nicht Europa, jedoch ein erster, notwendiger Schritt.

### EG als Partner

Was meint der ehemalige Bundespräsident zu den Sorgen und Ängsten im Hinblick auf die mit der Jahreszahl 1992 verbundenen Veränderungen? Er betonte, dass sich die EG als Partner sehe: «Die EG kann als der grösste Exporteur der Welt nur an einem weltweiten Handelssystem interessiert sein.» In der Praxis werde es aber für viele Drittstaaten Anpassungswänge ergeben – und zwar über den Markt. Für die Beziehungen zwischen EG und EFTA sei es daher wichtig, dass eine gemeinsame Politik definiert werde.

Speziell auf die Schweiz bezogen meinte Scheel: «Trotz der

grossen Tradition der Neutralität sollte die Schweiz einen EG-Beitritt aber längerfristig nicht für wirklichkeitsfremd halten. Er wird, wie mir scheint, vielmehr ihrem vitalen Interesse entsprechen.»

### Vorbehalte

Dieser visionären Haltung des früheren deutschen Bundespräsidenten begegnete FDP-Nationalrat und Fraktionschef Ulrich Bremi «mit hohem Respekt». Auch Bremi ist der Meinung, dass es neuartige Anstrengungen für Europa bedürfe.

Ganz klar hielt Bremi fest: «Der heutigen EG kann und will die heutige Schweiz nicht beitreten.» Als Gründe für diese Haltung nannte er die direkte Demokratie, die Neutralität und den Föderalismus. Direkte Demokratie und Föderalismus seien für die Schweiz mehr als nur liebgeordnete Tradition. «Wir sind überzeugt, dass dies eine moderne Art der politischen Führung darstellt», so Bremi.

### Weltoffenheit

Gleichzeitig müsse sich die Schweiz aber die Frage stellen, wie sie selber an der aktiven Ge-

staltung Europas mitarbeite. Und noch grundlegender sei die Frage, wie sich die Schweiz selber als weltoffenes Land gestalte.

«Sind wir noch ein Volk, das Schützenswertes schafft, oder schützen wir nur noch Geschaffenes? Überschreitet unsere sprichwörtliche Weltoffenheit die Grenze des Wirtschaftlichen? Geht der Schweizer wirklich auf andere Kulturen und Meinungen zu, oder ist er nur eine neugierige Auster?» Bremi stellte fest, dass schweizerische Politiker und Stimmbürger in der Schweiz heute die Grenzen schliessen, statt sie zu öffnen. Dieser Haltung sei entschieden entgegenzutreten.

### Schweizerischer Weg

Einen schweizerischen Weg umriss Bremi in fünf Punkten. Erstens: Die EG wolle Freizügigkeit in den Bereichen Waren - Dienstleistungen - Kapital verwirklichen. Hier beanspruche die Schweiz keine Sonderbehandlung, mit Ausnahme der Land-

wirtschaft, wo sie – besonders im Berggebiet – auch andere als wirtschaftliche Zielsetzungen verfolge. Die EG wolle zweitens die Freizügigkeit für Personen verwirklichen. Da die Schweiz einen drei- bis viermal höheren Ausländeranteil als die EG-Staaten beschäftige, stosse hier ein noch grösserer Anteil an Ausländern klar an Grenzen. In diesem Bereich könne deshalb die Schweiz der EG nicht folgen. Für die Schweiz sei ferner GATT ebenso wichtig wie die EG. Die Schweiz wolle viertens mithelfen, Vorstellungen eines föderalistischen Europa zu entwickeln. Schliesslich mute er der Schweiz auch die Gestaltungskraft zu, wichtige direktdemokratische Elemente in die EG einzubringen.

Organisiert wurde die Veranstaltung in Zollikon zum 150-Jahr-Jubiläum der Colonia Versicherung AG. Mehrere hundert Medienvertreter und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft nahmen daran teil.

## Leserbriebe

### Drogenpolitik in der Sackgasse

Nationalrat Dr. Peter Spälti engagiert sich für die Volksgesundheit und bewertet diese höher als die schrankenlose Freiheit des Konsums, also das Recht zu rauchen, zu «sniffen» und zu injizieren, was einem gerade beliebt. Er möchte zudem seine freisinnigen Mitbürger vor der Versuchung, mit den linken Wölfen zu heulen, bewahren.

Als Oberst sollte Herr Nationalrat Spälti auch wissen, dass die eigenen Chancen, sich gegen einen Feind zu behaupten, nicht unwesentlich davon abhängen, wie gut man über diesen informiert ist.

Er wendet sich gegen eine Legalisierung der «weichen» Drogen mit der Begründung, dass «dabei in Kauf zu nehmen ist, dass unzählige Mitglieder unserer Gemeinschaft zugrunde gehen».

Aus diesen Ausführungen könnte der unbefangene Leser schliessen, dass sehr viele Menschen an den Folgen des Konsums «weicher» Drogen sterben oder invalid werden. «Weiche» Drogen sind Haschisch und Marihuana; diese beiden werden aus der indischen Hanfpflanze gewonnen. Kennt Dr. Peter Spälti auch nur einen einzigen Todes- oder Invaliditätsfall, welcher auf den Konsum von Haschisch oder Marihuana zurückzuführen ist?

Ich habe – immerhin als Strafgerichtsschreiber mit langjähriger Erfahrung – noch von keinem solchen Fall Kenntnis erhalten, sondern diejenigen Drogentoten, über deren trauriges Ende ich näher unterrichtet bin, konsumierten in erster Linie Heroin – die klassische «harte» Droge –, nicht selten «gestrecktes» Heroin, dem andere, oft verunreinigte Substanzen beigemischt waren, oder Heroin in Kombination mit Medikamenten, welche ebenfalls «auf der Gasse» gehandelt wurden.

Haschisch ist nach neueren Erkenntnissen eher weniger gesundheitsschädlich als Tabak, und die Gefahr, süchtig zu werden, ist bei den Handdrogen kleiner als beim Alkohol, welcher, in mässigen

Quantitäten genossen, das Leben eines gesunden Menschen nicht verkürzt, bei exzessivem Trinken jedoch verheerend wirkt. Da Haschisch nicht «gespritzt» wird, trägt dessen Konsum auch nicht zur Ausbreitung von Aids bei.

Darf unter diesen Umständen eine liberale Gesellschaft, die den Tabak und den Alkohol toleriert – die in den USA von 1920 bis 1933 geltende Prohibition war ein krasser Misserfolg –, das Haschisch verbieten? Darf dies eine liberale Partei tun, in deren «Ahnengalerie» der vom Weinbauern zum Bundesrat aufgestiegene Paul Chaudet zu finden ist?

Durch eine Legalisierung der «weichen» Drogen könnte möglicherweise der Einfluss der «Mafia» auf dem Haschischmarkt reduziert werden. Die sehr viel gefährlicheren «harten» Drogen, auf welche die «Anklage» von Nationalrat Spälti sinngemäss zu beziehen ist, sollen auch nach dem Modell der Basler FDP nicht in den freien Handel gelangen, sondern den bereits süchtig gewordenen Menschen – soweit sich diese nicht zur völligen Distanzierung von allen opiumhaltigen Substanzen entschliessen können und wollen – unter ärztlicher Kontrolle dosiert abgegeben werden.

Tilmann Wernle, Basel

### Für eine freiheitlichere Haltung in der Drogenpolitik

Der Artikel im «Freisinn» vom Juni 1989 von Nationalrat Dr. Peter Spälti hat mich herausgefordert. Ich finde, Drogen dürfen ganz bestimmt nicht nur unter dem ganz engen Gesichtspunkt von sogenannt illegalen Drogen betrachtet werden, gibt es doch in unserer Gesellschaft ausserordentlich viele Suchtmittel, die sich ebenso verheerend auf unsere Gesellschaft auswirken. Das sollte Herr Spälti als Chef einer Versicherungsgesellschaft wissen. Seine Unternehmung bezahlt sicher viel mehr Entschädigungen für Betroffene der Droge Alkohol als der noch verbotenen Drogen Haschisch und Marihuana. Be-



### Arbeitsgruppe Asylpolitik

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat zur Erarbeitung einer Stellungnahme zum Bericht einer interdepartementalen Gruppe, «Strategie für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre», eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von alt Nationalrat Dr. Hans-Georg Lüchinger eingesetzt. Diese hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen und wird ihren Bericht Ende August 1989 der Geschäftsleitung zustellen. Das Sekretariat wird von lic. iur. Marie-Louise Baumann, Generalsekretariat FDP, Postfach 6136, 3001 Bern, betreut.

### Arbeitsgruppe Drogenpolitik

Unter dem Präsidium des bekannten Präventivmediziners Professor Dr. Felix Gutzwiller, Zürich, hat die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine Arbeitsgruppe zur Drogenpolitik gebildet. Ihre erste Aufgabe wird es sein, eine Vernehmlassung zum Bericht der Subkommission «Drogenfragen» der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission zu erarbeiten, der im Juni dieses Jahres unter dem Titel «Aspekte der Drogen-situation und Drogenpolitik in der Schweiz» erschienen ist. Die Vernehmlassung soll Ende Oktober 1989 vom Delegiertenrat und von der Geschäftsleitung behandelt und verabschiedet werden. Das Sekretariat der Arbeitsgruppe wird von lic. iur. Marie-Louise Baumann und lic. oec., Didier Burkhalter, secrétaire romand, Generalsekretariat FDP, Postfach 6136, 3001 Bern, betreut.

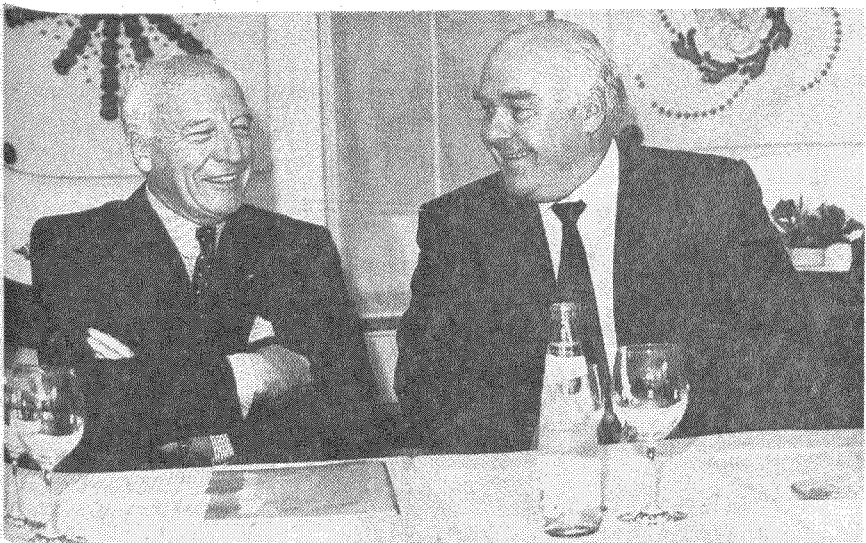
troffen hat mich aber ganz enorm das Zusammentreffen des Textes von Dr. Spälti mit der folgenden Seite im «Freisinn», welche auf mindestens drei Bildern zeigt, wie sich die FDP-Fraktion bei Wein gütlich tut. Ich habe ganz bestimmt nichts gegen Wein und weiss natürlich, dass unsere Parlamentarier eine Erholung und Entspannung bei einer gemütlichen Jassrunde mit Weisswein und Zigarillos verdient haben. Ich nehme natürlich nicht an, dass die Herren von der Reklame auf der gleichen Seite inspiriert wurden, aber es zeigt doch, auch für Herrn Dr. Spälti, dass sogar die FDP-Fraktion nicht drogenlos leben will und kann.

Ich weiss nicht, ob es das Ziel der FDP sein muss, eine Verbotsmentalität durchzuziehen, oder ob sie nicht besser daran täte, Stressmomente in unserer Gesellschaft abzubauen zu helfen. Dies könnte zum Beispiel geschehen, indem eine geringere Regeldichte der Gesetzgebung angestrebt würde, in liberalem Geist, sogenannt fortschrittlich. Dabei sollte tatsächlich «mehr Freiheit, weniger Staat» die Grundhaltung sein. Es wäre sicher möglich, durch vermehrte Prävention – in Erziehung und Medien, nicht via Polizei und Gerichte – eine verantwortungsbewusste Jugend und suchtbewusste Erwachsene heranzubilden.

Ich hoffe, dass sich die FDP der freiheitlicheren Haltung der eidgenössischen Drogenkommission anschliessen wird, so dass sie auch für jüngere Stimmbürger wieder attraktiver werden könnte. Dies sollte m. E. ein vordringliches Ziel sein.

Ich danke Ihnen, sehr geehrte Verantwortliche, für Ihre Bemühungen um ein verbessertes «Imtsch» der FDP und hoffe auf mehr Toleranz und Verwirklichung von mehr «radikalen Ideen».

M. Werfeli, Orpund



Zwei liberale Politiker: der frühere deutsche Bundespräsident Walter Scheel (links) und FDP-Fraktionspräsident Ulrich Bremi.

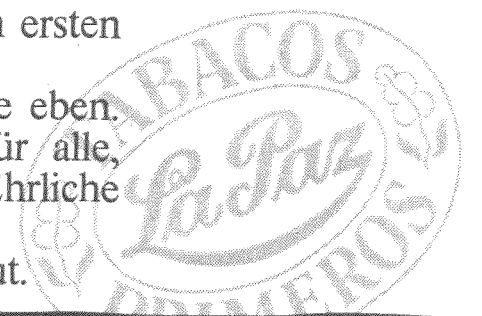
# Natürlich von La Paz.



Die unkomplizierten Cigarillos für jede Tageszeit. La Paz Palitos. Ideal für Umsteiger, die sich nach dem besseren Geschmack sehnen. Aus naturreinen Qualitätstabaken mit dem Charakter der typischen La Paz-Mé-lange. Doppelt umhüllt mit einem erstklassigen Java-Deckblatt. Und darum mild und aromatisch vom ersten bis zum letzten Zug.

Lebendige Naturprodukte eben. So, wie das Siegel zeigt. Für alle, die das Unverfälschte und Ehrliche mögen.

La Paz Palitos: Einfach gut.





Dreivorschlag der FDP Graubünden für die Regierungsratsersatzwahl

## Spannende Ausgangslage

Die Parteileitung der Freisinnig-Demokratischen Partei Graubünden hat die Kandidaten für die Regierungsratsersatzwahlen im Jahre 1990 nominiert. Nach eingehenden Informationen durch den Ausschuss Personelles der Parteileitung wurde beschlossen, zuhanden des Parteitages am 26. August 1989 eine Dreierkandidatur zu unterbreiten. Pressechef Silvio Zuccolini stellt sie vor.

Die von der Parteileitung bestimmten Kandidaten zuhanden des Parteitages sind: Nationalrat Dr. Peter Aliesch, Malans, Frau Dr. iur. Lisa Bener, Rechtsanwältin, Chur, und Dr. Johannes Flury, Schuldirektor, Jenaz. Die Parteileitung befand sich in der glücklichen Lage, über drei sehr gut ausgewiesene Kandidaten aus drei verschiedenen Kreisen befinden zu können.

Nationalrat Dr. Peter Aliesch, durch die FDP-Kreispartei Maienfeld vorgeschlagen, verfügt über eine reiche politische Erfahrung als ehemaliger Gemeinderat von Chur, als mehrjähriges Mitglied des Grossen Rates und der Geschäftsprüfungskommission GPK und als Nationalrat. In all diesen Funktionen hat er Tatkraft und Durchsetzungsvermögen bewiesen. In vielen Kommissionen und Organisationen des Kantons und des Bundes hat er sich als Mann der Wirtschaft mit Erfolg für die Gesamtinteressen unseres Kantons eingesetzt.

Frau Dr. iur. Lisa Bener, nominiert von der FDP-Stadtpartei Chur, hat sich als engagierte Vertreterin der Frauen in der Politik

profiliert. Sie hat mehrere Jahre den Kreis Chur im Grossen Rat vertreten, war Mitglied der Geschäftsprüfungskommission GPK und bekleidete als erste Frau das Präsidium der FDP Graubünden. Auf eidgenössischer Ebene präsidierte sie den Bund schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) und bekleidet heute die Funktion einer Delegierten der Regierung für die Durchführung der Anlässe zum 700-Jahr-Jubiläum der Schweiz.

Dr. Johannes Flury, von der FDP-Kreispartei Jenaz vorgeschlagen, leitet mit grossem Erfolg die Evangelische Mittelschule Schiers EMS. Diese Aufgabe hat er übernommen, nachdem er früher u. a. in Sent im Unterengadin als Pfarrer tätig war, wo er in kurzer Zeit ohne Probleme die romanische Sprache erlernte. Dr. Flury ist heute Schulratspräsident in Jenaz und Mitglied der dortigen Armenbehörde. Durch seine erfolgreiche und anerkannte Tätigkeit als Pfarrer, Lehrer und Schuldirektor ist er in weiten Kreisen auch ausserhalb des Prättigaus bekannt.

stand Rechnung trage. Denn ohne einen aktiven Gegenpol zur SRG könne keine pluralistische Informationsvermittlung erfolgen. Diese (Gegen-)Polarisierung werde jedoch durch das enge Korsett des RFG verunmöglicht.

### Podiumsgespräch

Auf die beiden Referate folgte unter der Leitung von Oscar Fritsch ein Podiumsgespräch, in welchem verschiedene Punkte der Gesetzesvorlage diskutiert wurden. Gesprächsteilnehmer waren Nationalrat Ulrich Bremi, FDP-Fraktionspräsident, Günter Heuberger, Geschäftsführer Radio Eulach, Gottlieb F. Höpli, Redaktor NZZ, Roy Oppenheim, Stabschef Generaldirektion SRG, sowie Michael Ringier, Direktionspräsident Ringier AG.

Ringier machte deutlich, dass es im Rahmen des zur Diskussion stehenden RFG in den nächsten fünf bis zehn Jahren kein Schweizer Privatfernsehen geben werde. Dagegen wandte Oppenheim ein, dass im Rahmen einer vierten Senderkette ein Kooperationsmodell «Interessengemeinschaft SRG-Partner» durchaus machbar sei.

### Werbeordnung

Viel zu diskutieren gab die vorgeschlagene Werbeordnung. Höpli und Bremi wiesen darauf hin, dass eine extensivere Werberegulation den Printmedien kaum schaden müsste: Zum einen würde der freie Wettbewerb bei den elektronischen Medien zur Meinungsvielfalt führen, zum andern habe hauptsächlich der Lokalradio-Rundfunkversuch gezeigt, dass keine Wettbewerbsverschiebung

# Aus den Kantonen

zulasten der Printmedien erfolgt sei.

Heuberger machte klar, wie wichtig eine liberale Werbeordnung für das Überleben der Lokalradios sei. Er wandte sich daher gegen das vorgesehene Gebühren-Splitting, nach welchem die SRG zwei Prozent ihrer Konzessionseinnahmen an lokale Radio- und Fernsehsender abgeben soll. Denn Heuberger befürchtet, dass sich die SRG dadurch am sogenannten Werbekuchen beteiligen möchte. Dies bestätigte denn auch Oppenheim, der das Gebühren-Splitting nicht als reines SRG-, sondern als staatspolitisches Problem sehen will.

Einig waren sich alle Diskussionsteilnehmer, dass private Veranstalter zur Medienvielfalt beitragen; dieser Pluralismus gelte vor allem für den Informationsbereich und sei daher aus liberaler Sicht unbedingt zu gewährleisten.

### Arbeit in Gruppen

In den vier Arbeitsgruppen wurden schliesslich medienpolitische Schwerpunktthemen behandelt. Die Gruppenarbeiten gelangten – kurz zusammengefasst – zu folgenden Ergebnissen: Im Verhältnis von SRG und privaten Anbie-

tern wurde der nationale Stellenwert der SRG durchaus erkannt; dies räume ihr jedoch nicht die Befugnisse ein, auch im regionalen bzw. lokalen Bereich Fuss zu fassen. Das RFG solle daher zwischen den privaten Veranstaltern einen freien Wettbewerb grundsätzlich ermöglichen.

Bezüglich der Finanzierung von elektronischen Medien kam man in einer weiteren Gruppe zum Schluss, dass Werbung und Sponsoring extensiver zugelassen werden sollten; im übrigen sei das Gebühren-Splitting zu befürworten, da sich das SRG-Monopol auf die Gebühreneinnahmen stütze.

Die Frage, wer nach Ablauf der Rundfunk-Versuchsverordnung erneut eine Konzession erhalte, beschäftigte eine weitere Gruppe. Grundsätzlich abgelehnt wurde hier das Modell, welches für die privaten Anbieter eine SRG-Trägerschaft vorsieht.

Die Anforderungen der Programminhalte von elektronischen Medien – so die vierte Gruppe – liessen sich in einem Gesetz nur schwer umschreiben; in jedem Fall aber müsse dem Grundsatz der Programmvielfalt Rechnung getragen werden, was aus liberaler Sicht nur durch den freien Wettbewerb zu ermöglichen sei.

Neues «Radio- und Fernsehgesetz»

## Nachdenken über die künftige Medienordnung

Wie soll die künftige Medienordnung in der Schweiz aussehen? Mit dieser staats- und gesellschaftspolitisch hochaktuellen Problematik befasste sich im Frühjahr eine Arbeitstagung der FDP des Kantons Zürich – Marco Baur berichtet.

Bereits in seiner Begrüssungsansprache machte der Zürcher Parteipräsident Oscar Fritsch deutlich, welche Brisanz in dieser Gesetzesvorlage liegt: Anders als bei der freien Presse wolle der Staat durch ein Konzessions-system den Bereich von Radio und Fernsehen monopolisieren. Damit werde jeglicher freie Wettbewerb verunmöglicht, was grundsätzlich gegen die liberale Auffassung eines funktionierenden Medienmarktes spreche. Diese Grundhaltung beherrschte sowohl die folgenden Referate als auch die Plenumsdiskussion.

### Gesetzgeberischer Werdegang

Fritz Mühleemann, Generalsekretär des Eidgenössischen Ver-

kehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED), erläuterte in seinen Ausführungen den gesetzgeberischen Werdegang des RFG. Er verwies auf den 1984 in die Bundesverfassung (BV) aufgenommenen Artikel 55<sup>bis</sup>, der u. a. den Leistungsauftrag für Radio und Fernsehen formuliert. Gestützt darauf erliess der Bundesrat, nach erfolgtem Vernehmlassungsverfahren, im September 1987 die Botschaft zu einem neuen Radio- und Fernsehgesetz.

Mühleemann hielt fest, dass diverse Punkte dieser Vorlage umstritten seien. Bemängelt werden beispielsweise die starke Stellung der SRG im Verhältnis zu privaten Anbietern wie auch die restriktiven Werberegulationen.

### Haltung der FDP-Fraktion

Im Anschluss an dieses Referat gab Nationalrat Richard Reich über die Haltung der FDP-Fraktion der Bundesversammlung Auskunft. Eigentlich werde bedauert, in welche Richtung sich die SRG entwickelt habe, denn noch in den 50er Jahren habe sie dem Leistungsauftrag von Artikel 55<sup>bis</sup> BV durchaus entsprochen. Namentlich das Fehlen einer eigentlichen Linkspresse habe die SRG-Verantwortlichen jedoch dazu veranlasst, diese Funktion zumindest stellenweise zu übernehmen.

Um so mehr verlangte Reich, dass die künftige Radio- und Fernsehgesetzgebung diesem Um-



## Mit Top-Research zum Erfolg.

Ohne Zweifel schneiden institutionelle Anleger im Wettstreit um Performance bestens ab... wenn sie sich Julius Bär anvertrauen.

Wir setzen Massstäbe:

- gut ausgebaute Researchabteilung mit international anerkannten Spezialisten
- langjährige Erfahrung in der institutionellen Vermögensverwaltung mit entsprechendem Leistungsausweis
- individuelle Betreuung und Berichterstattung

Wenden Sie sich für ein persönliches Gespräch an Herrn Dr. U. Baltensweiler, Tel. 01/228 54 34.

JB<sup>co</sup>B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11  
Genf · München · London · New York · San Francisco · Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio

Garten- und Landschaftsarchitekten,  
Erdbauingenieure

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren  
und pflegen auch Ihren Garten  
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62